

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ)
des Deutschen Bundestages am Mittwoch, den 30. November 2022
zum Thema:

„Sicherung der globalen Nahrungsmittelversorgung durch innovative Methoden (z.B. beim Anbau und in der Zucht von Nutzpflanzen)“

Schriftliche Stellungnahme von [FIAN Deutschland](#) zum Themenblock 1 „Wissenschaftliche Einordnung des Problemfeldes“ (eingereicht am 24.11.2022)

Deutscher Bundestag
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschussdrucksache 20(19)133
Stellungnahme ö.A. 30.11.2022
24. November 2022

Vorbemerkung

Für die Beantwortung der Fragen sind aus Sicht von FIAN zentrale Querschnittsthemen und Prinzipien zu berücksichtigen:

1. Mit Menschenrechten marginalisierte Gruppen priorisieren: Hungernde Menschen sind **Rechteinhaber*innen**, deren Menschenrecht auf Nahrung verletzt wird. Dieser Perspektivwechsel ist nicht nur rechtlich zwingend, sondern auch wichtig um Politiken und Programme an den spezifischen Kontexten und Bedürfnisse diese Gruppen auszurichten. Dies bedeutet auch, diese Gruppen aktiv an der Entwicklung von Strategien und Lösungen zu beteiligen. Diese Priorisierung und Partizipation werden bis heute nur selten umgesetzt.
2. Innovationen in ihrer Gesamtheit in den Blick nehmen: Klassisch sind bei der Diskussion um Innovationen in unseren Ernährungssystemen **soziale, institutionelle und rechtliche Innovationen gegenüber industrie-technologischen Innovationen stark unterrepräsentiert**. Erstere sind jedoch oft für die Zielgruppe marginalisierter, hungernder Menschen besonders wirkmächtig und sollten daher verstärkt Beachtung finden.
3. Agrarproduktion von Nahrungsmittelversorgung unterscheiden: Ein großer Teil der heutigen **Agrarproduktion wird nicht für die direkte Ernährung** angebaut. Daher muss zur Frage der Ernährungssicherung der Blick dringend von einer allgemeinen Betrachtung der Agrarproduktion hin auf die Frage „Wer baut was für wen an?“ gerichtet werden. Der Blick auf das gesamte Ernährungssystem – nicht nur den Anbau selbst - ist dabei wichtig.

Fragen 1: *Wie gravierend sind die Folgen des Klimawandels für die Sicherstellung einer ausreichenden globalen Lebensmittelversorgung? Wie wirkt sich die Klimakrise insbesondere auf die Ernährungssituation in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) aus? Inwieweit sind Kinder, Frauen und Minderheiten im ländlichen Raum auf besondere Weise davon betroffen? Inwiefern verschärft der Klimawandel die Bodendegradation und beeinträchtigt die Fruchtbarkeit der Böden und mindert die Erträge, insbesondere bei der Verwendung von Hybridsaatgut; inwiefern das Zugangs- und Verteilungsproblem in Fragen der Ernährungssicherung?*

Die Folgen sind nicht nur im Bereich der allgemeinen **Verfügbarkeit von Nahrung** (global und national) durch Veränderungen der naturräumlichen Grundlagen der Agrarproduktion zu sehen. Es gibt auch in erheblichem Umfang unmittelbare Folgen durch den Verlust des **Zugangs zu Nahrung** (Verlust der Lebensgrundlage, klimabedingte Flucht, Preissteigerungen).

Für eine Bewertung der Schwere der Folgen spielt es eine entscheidende Rolle, ob das Ziel eines maximalen Temperaturanstieges von 1,5°C bis 2100 eingehalten werden kann. Dies zeigt sich beispielsweise an folgenden wissenschaftlichen Berechnungen: Die Häufigkeit extremer Wärmeperioden steigt bis 2100 beispielsweise bei einem Temperaturanstieg um 2°C nicht um

134% (1,5°C), sondern um 343%. Die durchschnittliche Dauer solcher Hitzewelle steigt von 17 (1,5°C) auf 35 Tage (2°C) an.

Wie aktuell auf der Klimakonferenz in Sharm el Sheikh deutlich wurde, gehen mittlerweile die meisten Expert*innen davon aus, dass wir mit einem Anstieg um 2°C rechnen müssen. Daher werden die Folgen des Klimawandels für die deutlich gravierender ausfallen, wobei **arme Länder (LDCs) überdurchschnittlich** von den Folgen des Klimawandels betroffen sind und sein werden (Abb.1).

CRI 2000-2019 (1999-2018)	Country	CRI score	Fatalities	Fatalities per 100 000 inhabitants	Losses in million US\$ PPP	Losses per unit GDP in %	Number of events (2000–2019)
1 (1)	Puerto Rico	7.17	149.85	4.12	4 149.98	3.66	24
2 (2)	Myanmar	10.00	7 056.45	14.35	1 512.11	0.80	57
3 (3)	Haiti	13.67	274.05	2.78	392.54	2.30	80
4 (4)	Philippines	18.17	859.35	0.93	3 179.12	0.54	317
5 (14)	Mozambique	25.83	125.40	0.52	303.03	1.33	57
6 (20)	The Bahamas	27.67	5.35	1.56	426.88	3.81	13
7 (7)	Bangladesh	28.33	572.50	0.38	1 860.04	0.41	185
8 (5)	Pakistan	29.00	502.45	0.30	3 771.91	0.52	173
9 (8)	Thailand	29.83	137.75	0.21	7 719.15	0.82	146
10 (9)	Nepal	31.33	217.15	0.82	233.06	0.39	191

Abb.1: Zehn am stärksten betroffene Länder auf Basis des Klima-Risiko-Index (CRI).

Schon heute leben über 70% der hungernden Menschen in Ländern, die überdurchschnittlich stark von extremen Wetterereignissen betroffen sind (Abb.2).

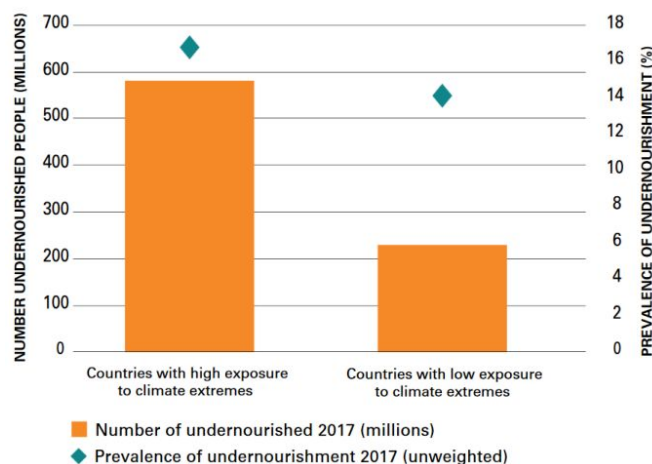


Abb. 2: Länder mit hohen Hungerzahlen sind besonders oft von extremen Wetterereignissen betroffen

Ohnehin marginalisierte Gruppen wie die genannten Frauen, Kinder, aber auch Kleinbäuer*innen, Hirtenvölker oder Indigene, sind grundsätzlich in einer schwierigeren Situation und mit weniger Ressourcen ausgestattet, um angemessen auf die Auswirkungen Klimakrise zu reagieren. Im ländlichen Raum sind sie oft in agrarische Ungunstgebiete abgedrängt, welche beispielsweise anfälliger für extreme Wetterereignisse sind (Hanglagen, Überschwemmungsgebiete...).

Da es durch steigende Temperaturen zu einem verstärkten Humusabbau kommt, rechnen Wissenschaftler mit einem **langfristigen Abnahme der Bodenfruchtbarkeit** durch die Klimakrise. Dies wird durch zunehmende Starkregenereignisse (⇒ Bodenerosion) weiter verstärkt. Daher liegt eine doppelte Rolle und Verantwortung bei der Steuerung unserer Ernährungssysteme: Sie müssen auch so umgebaut werden, dass sie deutlich weniger klimaschädlich sind. Große Potentiale liegen hier im Bereich der **Reduktion von Kunstdünger**, des Aufbaus **lokaler Kreislaufsysteme** wie durch agrarökologische Praktiken und mehr frische, gesunde, wenig verarbeitete Nahrung.

Durch den Fokus auf Kriege und die Klimakrise werden grundlegende **strukturelle Ursachen von Hunger und Mangelernährung** oft vernachlässigt: Armut, multiple Diskriminierungen, wachsende Ungleichheit, steigenden Staatsverschuldung und wachsende Einflussnahme privater Konzerne. Dies zeigt sich emblematisch beim Thema Land: **Landkonzentration** in den Händen weniger Menschen und Firmen hat durch das sogenannte Landgrabbing in den letzten Jahren weiter stark zugenommen. Auch auf internationaler Ebene gibt es heute Akteure, die gewaltige Ackerflächen über Ländergrenzen hinweg besitzen. So erklärte der internationale Agrar- und Ernährungskonzern Olam International, er bewirtschaftet nach über 3 Millionen Hektar Land¹ – vergleichbar mit etwa einem Viertel der Ackerfläche Deutschlands. Landarmut und Vertreibungen sind ein zentraler Faktor für Armut und Hunger. Der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, empfiehlt daher in seinem [jüngsten Bericht](#), dass Staaten sich für eine gerechtere Verteilung von Land einsetzen sollten.

Frage 2: *Welche Bedeutung kommen dem Anstieg der Weltbevölkerung und sich verändernden Ernährungsgewohnheiten im Vergleich zur steigenden Verwendung von Getreide für Futtermittel, Biokraftstoffen und industriellen Verwendungen bei der landwirtschaftlichen Flächennutzung zu? Inwiefern ließe sich der aktuelle und prognostizierte (Mehr-)Bedarf decken durch eine bessere Verteilungsgerechtigkeit, eine Förderung der kleinbäuerlichen Lebensmittelproduktion, Verringerung von Lebensmittelverschwendung, besseren Lagerkapazitäten, verstärkte Produktion für heimische Märkte, Reduzierung von Agrarflächen für Treibstoffe und Futtermittel u.ä.? Welche konkreten Möglichkeiten für eine kurz- und mittelfristige Umsetzung bieten sich? Inwieweit kann ein verändertes Konsumverhalten (z. B. weniger Fleischkonsum vielfältige Ernährung, Einkauf regionaler und lokaler Produkte, Insekten oder Algen als Nahrungsmittel) dazu beitragen, negative Folgen des Klimawandels zu bremsen und die Ernährung sicherzustellen? Wie kann eine solche Änderung des Konsumverhaltens und ein global nachhaltiges Konsumverhalten erreicht werden?*

Wir produzieren aktuell [ausreichend Nahrungsmittel](#) um jeden Menschen auf der Planeten zu ernähren. Rein rechnerisch ist die Weltagrarproduktion **ausreichend um über 10 Milliarden Menschen zu ernähren**. Die Agrarproduktion ist sogar deutlich stärker angestiegen als die Weltbevölkerung (Abb. 3). Theoretisch müsste jeder Mensch heute 30% mehr Essen auf dem Teller haben als noch 1960. All dies unterstreicht, dass es sich insbesondere um eine Frage der **Verteilungsgerechtigkeit** und des **Zugangs der Menschen zu Nahrung** handelt. Dieser Zugang wird besonders durch Armut, multiple Diskriminierungen und zu wenig Zugang zu natürlichen

¹ Olam International Corporate Fact Sheet 2019 (nicht mehr online verfügbar)

Ressourcen wie Land, Wasser oder Saatgut behindert. Der Blick auf das Bevölkerungswachstum blendet die ganze Frage des Zugangs aus.

	Weltbevölkerung	Getreideproduktion	Fleischproduktion
1960	3,1 Mrd.	900 Mio. Tonnen	75 Mio. Tonnen
2020	7,7 Mrd.	3000 Mio. Tonnen	349 Mio. Tonnen
Wachstum	+150%	+230%	+350%

Abb. 3: Vergleich von Bevölkerungswachstum und [Wachstum der Agrarproduktion](#)

Die Situation in einzelne Ländern wie Sambia zeigt entsprechen, dass die Agrarproduktion bei Grundnahrungsmitteln den nationalen Bedarf oft übersteigt und trotzdem die Zahl hungernder Menschen sehr hoch ist (siehe Antwort auf Frage 3).

Anstatt den Menschen zu ernähren geht dem gegenüber ein erheblicher und wachsender Teil der Agrarproduktion und damit auch des Flächenverbrauchs in die Fleisch- und Energieproduktion (Biogas und Biokraftstoffe) sowie weitere industrielle Nutzung. Hier liegt ein großer Hebel zu Hungerbekämpfung. In der EU werden heute 62,8% des Getreides für Futtermittel verwendet, etwa 3% für Biosprit (Abb. 4).

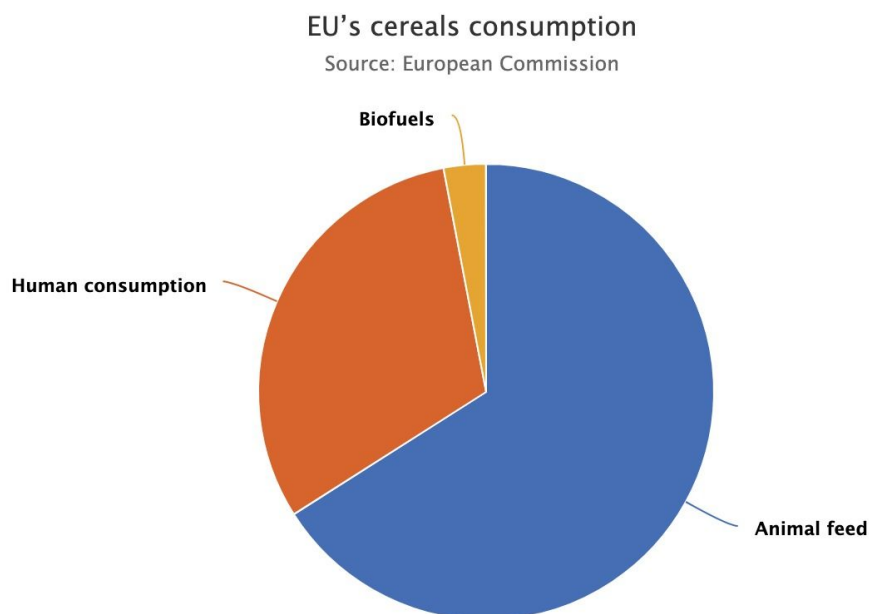


Abb. 4: [Getreideverbrauch in der EU nach Zielverwertung](#)

In Deutschland genutzte Biokraftstoffe benötigen aktuell insgesamt 1,9 Millionen Hektar Ackerland – 0,8 Millionen Hektar in Deutschland und 1,1 Millionen außerhalb Deutschlands, die durch Importe abgedeckt werden („virtueller Landimport“).

Menschenrechtlich unterscheidet man zwischen dem **Zugang** zu und der **Verfügbarkeit** von Nahrung. Viele Menschen können sich die vorhandenen Nahrungsmittel schlicht nicht leisten. Der Blick auf Nahrungsmittelpreise ist angesichts global ausreichend verfügbarer Nahrung zentraler Bedeutung. Wissenschaftler*innen beobachten jedoch eine zunehmende Entkopplung der Preise für Grundnahrungsmittel von den sogenannten Fundamentaldaten der Märkte – also dem Angebot

und der Nachfrage. In den letzten Jahren wurden immer wieder kurzfristige **Sprünge der Nahrungsmittelpreise** beobachtet, bei denen Ernteeinbrüche und Produktionsmengen bestenfalls ein Teil der Gründe darstellten. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass der Blick auf globale Agrarproduktion nicht ausreicht, um die Fragen der Welternährung und Durchsetzung des Rechts auf Nahrung zu beantworten.

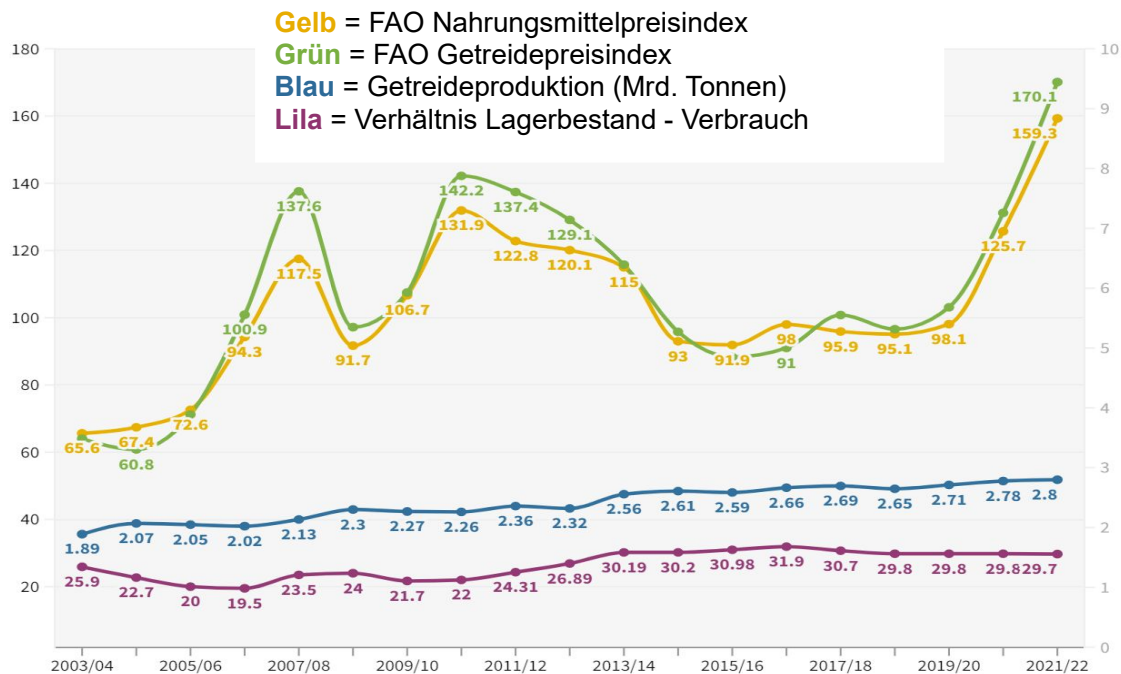


Abb. 5: Entkopplung der Nahrungsmittelpreise von Produktion, Verbrauch und Lagerbeständen

Weiterhin hat die Corona-Pandemie deutlich gemacht, wie **fragil komplexe, überlange Lieferketten** sind. Für kürzerer Lieferketten wären demnach auch öffentliche Unterstützung von lokalen Bauernmärkten, lokalen Lagerkapazitäten und lokale Saatgutbanken wichtig.

Die **Importkosten** für Nahrungsmittel sind zudem auf einem **neuen Rekordniveau**. Die Ausgaben armer Länder (LDCs) für Getreideimporte sind in nur **4 Jahren um 50 Prozent** angestiegen (Abb. 6). Dies ist fast ausschließlich auf einen Kostenanstieg zurückzuführen – es wurde nicht mehr importiert.

	2019	2020	2021	2022
Getreideimportkosten LDCs (Mrd. USD)	99,1	110,1	148,4	147,0

Abb. 6: Entwicklung der Nahrungsmittelimportkosten armer Länder (LDCs)

Durch das international stark geförderte Agrarmodell der Grünen Revolution sehen sich diese Länder einer doppelten Belastung ausgesetzt, da auch die Kosten für chemischen Dünger seit 2021 regelrecht explodiert sind (von Januar 2021 bis Januar 2022 sind die Preise für Stickstoffdünger bspw. um **250% gestiegen**).

Importkosten für Grundnahrungsmittel und Dünger sind nicht nur wegen gestiegener Rohstoffpreise gestiegen, sondern auch wegen stark gestiegene Transportkosten und Abwertung

der lokalen Währung gegenüber dem USD. Die zeigt die **hohen Abhängigkeiten vieler armer Länder auf, die dringen und substantiell reduziert werden muss.**

In Bezug auf die oben geschilderte Unterscheidung zwischen Verfügbarkeit und Zugang ist es auch bei der Reduktion von Abhängigkeiten wichtig, nicht alleine auf die nationalen Produktionsmengen zu schauen. Eine Umorientierung auf eine **Priorisierung lokaler, diversifizierter, resilienter Ernährungssysteme** mit Fokus auf die lokale Ernährungssicherung hat zudem **großes Potential für lokal Entwicklung und Armutsbekämpfung.**

***Frage 3:** Wie wirken sich der Anbau von Soja, Palmöl und anderen Cash Crops sowie Nutzpflanzen zur Herstellung von Agrotreibstoffen auf die Ernährungssicherung aus? Wie hoch ist der Anteil von Futterpflanzen in der globalen Landwirtschaft (v.a. zur Fleischproduktion) und wie ist er in den letzten Jahren angestiegen und was wäre nötig, um das einzudämmen? Wie hoch ist inzwischen der Anteil von Pflanzen für die Herstellung von Agrotreibstoffen, welche Probleme ergeben sich daraus und was muss eventuell zu ihrer Eindämmung getan werden? Gibt es Verdrängungseffekte einer exportorientierten Produktion zu Lasten der Ernährung insbesondere der einheimischen Bevölkerung der Anbauländer? Welche Auswirkungen haben Agrotreibstoffimporte der ersten Generation (Soja, Weizen, Raps und Mais) auf die Ernährungssicherheit der einheimischen Bevölkerung der Anbauländer? Kann die aktuelle Nahrungsmittelkrise mit der Ausdehnung der Agrotreibstoffproduktion in Ländern des globalen Südens verschärft werden? Können eine substanzielle Agrotreibstoffproduktion und die Ernährungssicherung überhaupt in Einklang gebracht werden?*

Der Anbau von Pflanzen, die nicht oder nicht direkt für die Ernährung verwendet werden, ist in den letzten Jahrzehnten **rasant expandiert**. Von 1960 bis 2020 ist alleine das durch Soja, Palmöl, Raps und Zuckerrohr belegte Ackerland um 175,1 Millionen Hektar expandiert (FAOStat 2022). Zum Vergleich: Das entspricht der 3,5-fachen Anbaufläche für Getreide² der gesamten EU ([51 Millionen Hektar](#)). Die **Anbaufläche von Zuckerrohr hat sich verdreifacht, jene von Soja verfünffacht**. Die Fläche für Weizen und Kartoffel stagniert hingegen seit 1960, jene für Reis ist um knapp die Hälfte gestiegen. Dies zeigt eine Entwicklung der Landwirtschaft, weg von ihrer primären Aufgabe der Ernährungssicherung hin zu einer industriellen Agrarproduktion. Ernährungssicherung spielt dort eine immer geringere Rolle.

Die Hoffnung, dass der Anbau von Cash Crops einen großen Teil kleinbäuerlicher Familienbetriebe aus Armut und Hunger hebt, hat sich nicht bewahrheitet. Dies hat auch damit zu tun, dass in der Praxis die internationalen Wertschöpfungsketten der Cash Crops (Zuckerrohr, Mais, Palmöl, Soja, Baumwolle etc.; von Inputs bis zur Verarbeitung und dem Verkauf) stark dominiert sind von wenigen Unternehmen – oft internationalen Konzernen. Durch deren **Marktmacht** werden Chancen von Kleinproduzent*innen, von diesen Wertschöpfungsketten zu profitieren, stark reduziert. Zudem werden Wahlfreiheit durch starke Bindungsinteressen (Abhängigkeiten) von Konzernen eingeschränkt. Das Evaluierungsinstitut der deutschen Entwicklungszusammenarbeit [DEval](#) hat bei der Evaluierung landwirtschaftlicher Wertschöpfungskettenförderungen festgehalten, dass **arme ländliche Gruppen vom Wertschöpfungskettenansatz in Bereich Landwirtschaft nicht erreicht** wurden.

Eine Diskrepanz zwischen auf Produktionsmengen fokussierte Debatten und Hungerbekämpfung zeigt sich am **Beispiel Sambia** in aller Deutlichkeit. Im Januar 2022 [erklärte die FAO](#), dass durch die Ernten des mit Abstand wichtigsten Grundnahrungsmittel Mais der heimische Verbrauch weit

² Insbesondere Weizen, Gerste, Mais, Hafer und Triticale

über gedeckt ist („*domestic supplies of maize, the primary staple food, are more than sufficient to satisfy domestic utilization*“). Im gleichen Dokument wird erklärt, dass aktuell 1,6 Millionen Einwohner*innen unter akuter und schwerer Ernährungsunsicherheit leiden („*About 1.58 million people are estimated to face acute severe food insecurity*“). Insgesamt leiden aktuell [31% der Menschen in Sambia an Hunger](#). Eine unqualifizierte weitere Steigerung der Maisproduktion zu fördern, läuft in Sachen Hungerbekämpfung ins Leere.

Wenn wir auf **globale Mengen** von Agrarproduktion blicken, ist der Anbau von Futtermittel sicherlich der größte Hebel um Ackerflächen für die direkte Ernährung zur Verfügung zu haben. Insgesamt sind von den etwa 1,6 Milliarden Hektar Ackerland weltweit [ein Drittel](#) mit dem Anbau von Futtermitteln belegt (Weideflächen nicht eingerechnet).

Da wir in Deutschland und Europa (und auch Weltweit) **keine freien Ackerflächen** zur Verfügung haben, ist ein zusätzliche Flächenbedarf für Biomasse für Agrartreibstoffe (und die Bioökonomie insgesamt) immer in Konkurrenz zur Nahrungsmittelanbau zu sehen und kann flächenmäßig nicht mit einander in Einklang gebracht werden. Zudem sind die Anbaumodelle für Rohstoffe für die Agrartreibstoffproduktion in großen, monokulturellen Strukturen situiert, welche sich negativ auf ländliche Gemeinden und dortige Armuts- und Hungerreduzierung auswirken (Landkonflikte, Arbeitsrechtsverletzungen, Arbeitsplätze pro Hektar, Pestizidvergiftungen etc.). FIAN unterstützt daher die Forderung vieler Verbände, die Beimischungsquote abzuschaffen.

Unter der Formulierung **FoodFirst** ist es seit vielen Jahren politischer Konsens, dass die **Agrartreibstoffproduktion** (und im weiteren Sinne auch die Bio-Ökonomie insgesamt) nicht zu Lasten der Ernährungssicherung und dem Recht auf Nahrung gehen darf. Jedoch gibt es bis heute, über 15 Jahre nachdem sich die Bundesregierung zu FoodFirst bekannt hat, kein Instrument und Regelwerk, welches diese politische Versprechen versucht, umzusetzen.

***Frage 4:** Welche Bilanz ziehen Sie bzgl. der bisherigen Maßnahmen und Förderansätze der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit? Welchen Beitrag kann die europäische und deutsche Entwicklungszusammenarbeit angesichts zunehmender Umweltkrisen und sich verschärfender sozialer Ungleichheit künftig leisten, um die Ernährung langfristig und nachhaltig zu sichern und damit Hunger und Hungerkrisen vorzubeugen? Wie können menschenrechtsbasierte und ökosystemische Ansätze zu notwendigen Anpassungen an der bisher praktizierten Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich beitragen?*

Deutschland hat sich zur **Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet**. Es ist daher keine Abwägungsfrage sondern eine Staatenpflicht Deutschlands, die Menschenrechte auch im Rahmen der internationalen Kooperation zu respektieren, zu schützen und zu deren Umsetzung beizutragen. Die Rechte auf Nahrung, Wasser, eine gesunde Umwelt und sogenannte „Kleinbäuer*innen-Rechte“ bilden für die Fragestellung der Anhörung zentrale Menschenrechtsnormen. Deren **Anwendung ist in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) jedoch kaum gegeben** – nicht zuletzt weil der Beitrag menschenrechtsbasierte Ansätze für die Armuts- und Hungerbekämpfung weithin unterschätzt wird.

Eine Vielzahl von Entwicklungsfinanzierungen fließt **direkt oder indirekt in die klassische Agrarindustrie** und damit ein Entwicklungsmodell aus dem letzten Jahrhundert, welches **für den überwiegenden Teil der ländlichen Bevölkerung kein Entwicklungspotential** bietet und eine Vielzahl menschenrechtlicher Probleme auslöst. Einige Beispiele aus der FIAN-Arbeit illustrieren

dies:

- Die Entwicklungsbank DEG ist mit über 15% Anteilseigner des **Luxemburger Agrarinvestors PAYCO**. Dieser besitzt in Paraguay über 140.000 Hektar Land – auch Land welches nachweislich indigenen Gemeinschaften gehört. Weitere Probleme sind Entwaldung, Landkonflikte und Pestizidbesprühungen durch Flugzeuge. Laut Bundesregierung (BT-Drucksache 19/1508) bietet die Firma lediglich 263 Arbeitsplätze. PAYCO bietet daher keinerlei Entwicklungsperspektive für die Zielgruppe der ländliche armen Bevölkerung.
- Das BMZ hat – wiederum in Luxemburg – den Agrarfonds **AATIF** für Afrika angelegt. Darüber wird der **Agrarinvestor Agrivision Africa auf Mauritius** finanziert, welche über seine Tochter **Agrivision Zambia** etwa 20.000 Hektar Land in Sambia gekauft hat. Neben Landkonflikten und sehr wenigen Arbeitsplätzen werden hier Cash Crops für die Supermarktketten und die Johannesburgurer Warenterminbörse angebaut. Diese Agrarprodukte liegt weiter ausserhalb der Reichweite armen und hungernden Menschen in Sambia. Zudem fließen über den Fonds substantielle Gewinne aus Afrika nach Luxemburg zu den Investoren – in 10 Jahren etwa 60 Millionen USD. Diese Gelder fehlen der lokalen Entwicklung.
- BMZ, KfW und DEG finanzieren den **Mikrofinanzsektor in Kambodscha**. Nach umfangreicher [Kritik aus der Zivilgesellschaft](#) hat das BMZ eine Studie zur Untersuchung der Vorwürfe in Auftrag gegeben. Diese kommt nun zu dem [Ergebnis](#), dass „keineswegs selten“ zu Menschenrechtsverletzungen in Folge von Überschuldung kommt. Unter Anderem waren in den letzten 5 Jahren mehr als 167.000 Haushalte gezwungen, Land wegen Überschuldung durch Mikrokredite zu verkaufen. Dadurch trägt die EZ zum Landverlust armer ländlicher Gruppen bei. Dabei stellt das Land deren zentrale Existenzgrundlage dar und ist die zentrale Säule für die Verwirklichung ihres Rechts auf Nahrung.
- Über verschiedene Finanzierungen verschärft die deutsche EZ die **Abhängigkeit von Kleinbäuer*innen von Hybridsaatgut und Kunstdünger**. Zwei überregionale Beispiele für den afrikanischen Kontinent sind die *Alliance for a Green Revolution in Africa* (AGRA – weitere Details dazu unter Frage 7) und der *One Acre Fund* (OAF). Die Grundannahme, dass die ärmste ländliche Bevölkerungsgruppe durch zusätzliche Verschuldung aus der Armut geführt werden sollen, ist hoch risikoreich und problematisch. Das Überschuldungsrisiko ist besonders angesichts der stark gestiegenen Preise für Kunstdünger stark angestiegen, wie FIAN auch aus Befragungen vor Ort bestätigt wurde. Problematisch ist auch, dass die Projekte keine Absicherungen im Falle von Überschuldung vorsehen. Zudem konnte [belegt werden](#), dass AGRA bezüglich der selbst gesteckten Ziele der Hungerbekämpfung wirkungslos war.

Dem gegenüber bewertet FIAN die jüngste Finanzierungen des Projektes [„Agrarökologie und Klimawandel“](#) in Indien über die KfW als **positiven Ansatz**, welcher in anderen Ländern multipliziert werden sollte.

Das **Evaluierungsinstitut der deutschen EZ (DEval)** gibt zudem wichtige Hinweise auf Probleme und Lücken der EZ. Im Folgenden werden einige für die Fragestellung relevante Ergebnisse

hervorgehoben:

- Die Evaluierung zu landwirtschaftlichen Lieferkettenansatz hat 2016 unterstrichen, dass dieser Ansatz gerade arme und marginalisierte Gruppen keine Entwicklungschancen bietet. Trotzdem wird dieser Ansatz weiter als zentraler Ansatz der EZ im Bereich gefördert.
- Die Evaluierung zur Kooperation mit der Privatwirtschaft (2021) hat ergeben, dass Risiken kaum betrachtet werden und die entwicklungspolitische Wirkung durch eine Beteiligung der Privatwirtschaft kaum festgestellt werden konnten.
- Die Evaluierung zur Umsetzung der Menschenrechte (2021, 2022) hat erhebliche Lücken und Schwächen offenbart. So werden „wichtige Aspekte des Menschenrechtsansatzes häufig nur teilweise umgesetzt“. Weiterhin wird festgestellt, dass die Sichtweisen der Rechteinhaber*innen oder ihrer Repräsentat*innen nur selten eingeholt werden.

Positive Ansätze und Beispiele

- **Umverteilende Agrarreformen** stellen ein wichtiges Instrument dar, um Landkonzentration auf der einen und mangelnden Zugang zu Land auf der anderen Seite entgegenzuwirken. Dieses Instrument wurde in den letzten Jahren von internationalen Gebern – auch der deutschen EZ – weitgehend ignoriert. Eine verstärkte Förderung und Werbung (bsp. internationale Konferenz zu Agrarreformen) wäre dringend notwendig.
- Ein **positives Beispiel** sind die sozialpolitischen Programme „Fome Zero“ (Null Hunger) und „Bolsa Familia“ (Familienhilfe). Damit konnten etwa 36 Millionen Menschen aus extremer Armut und Unterernährung herausgeholt werden – Hunger wurde in Brasilien zum einem „statistisch insignifikanten Wert“. Hervorzuheben ist hier unter anderem die **Kopplung der Schulspeisungsprogramme mit kleinbäuerlichen Familienbetrieben** aus der Region. Ab 2009 mussten 30% der Lebensmittel für die öffentliche Schulspeisung aus der regionalen kleinbäuerlichen Landwirtschaft bezogen werden. Solche effektiven Innovationen werden bei der klassischen Debatte mit ihrem Fokus auf industrietechnologische Innovationen oft ignoriert.
- Eine weitere Innovation im Bereich **globale Steuerung der Welternährung** ist der reformierte Welternährungsausschuss CFS. In dieser multilateralen inklusiven UN-Plattform haben die von Hunger und Mangelernährung besonders betroffenen Gruppen ein formales Mitspracherecht. Die Ergebnisse des CFS (Politikempfehlungen, Leitlinien) sollten durch die deutsche EZ systematisch umgesetzt werden.
- Eine rechtliche Innovation stellt die Erklärung zu den Rechte von Kleinbäuer*innen und Menschen im ländlichen Raum **UNDROP** verabschiedet in der UN Vollversammlung Ende 2018 dar. Die deutsche EZ tut sich allerdings schwer, diese Erklärung in ihrer Arbeit anzuwenden.

Bei vielen dieser Ansätze steht die Agrarproduktion nicht für sich alleine, sondern ist ein Teil des Ganzen. Es geht insgesamt um die Schaffung von positiven Rahmenbedingungen.

Frage 5: Welche positive oder negative Bilanz ergibt sich aus dem Einsatz der industriellen Landwirtschaft und des großen Agrobusiness in den Ländern des globalen Südens? Wie viel Wald

und andere Naturflächen sind in den letzten dreißig Jahren für die landwirtschaftliche Nutzung umgewandelt worden mit welchen Ergebnissen für die globale Ernährungssicherheit? Welches ist der ökologische Preis, auch im Hinblick auf den Verlust der Biodiversität? Inwiefern wird der Klimawandel durch die industrielle Landwirtschaft verschärft? Welche Auswirkungen haben im Gegensatz dazu eine agroökologische Landwirtschaft auf das Klima und die Biodiversität?

Wie auch die aufgeführten Beispiele unter Frage 4 illustriert, ergeben sich substantielle, strukturelle Probleme durch die industrielle Landwirtschaft.³ Sie dominiert politischen Debatten, lenkt die knappen öffentlichen Gelder in Bereiche, von denen oft internationale Agrar- und Ernährungskonzerne profitieren und verstärkt den problematischen **Fokus auf den Anbau weniger global gehandelter und für das Agrobusiness besonders profitabler Pflanzen** (laut Vereinte Nationen beziehen wir [60% unserer aufgenommenen Kalorien durch nur 4 Pflanzen](#); siehe auch Frage 3 zur globalen Expansion weniger Cash Crops).

Dem gegenüber steht eine stetig wachsende Zahl an Initiativen und Forderungen, sich für eine **agrarökologische Transformation** unserer Ernährungssysteme einzusetzen. Der UN-Sonderberichterstatler zum Recht auf Nahrung [fordert](#) einen „Übergang zu Agrarökologie“. Auch über 50 deutsche Verbänden fordern mit dem [Positionspapier](#) „Agrarökologie stärken“ eine grundlegenden Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme.

Innovationen im Anbau selbst sind ein **wichtiger Bestandteil der Agrarökologie**. Die gemeinschaftliche Wissensgenerierung (*co-creation of knowledge*) und das Teilen von Wissen ist eine der [10 von der Welternährungsorganisation FAO definierte Elemente von Agrarökologie](#). Sie grenzt sich durch die aktive Teilhabe und Kontrolle der Bauern und Bäuerinnen stark von dem Wissens- und Technologie-Ansatz des Agrobusiness ab.

Frage 6: *In welchem Ausmaß werden in Deutschland und der EU aktuell die industrielle und die (agro)- ökologische Landwirtschaft gefördert bzw. unterstützt? Sind die aktuellen Förderansätze noch zeitgemäß? Welche Auswirkungen hat die aktuelle deutsche und europäische landwirtschaftliche Produktionsweise sowie ihre Förderung für Länder des globalen Südens? Welchen Beitrag kann die europäische und deutsche Agrarwirtschaft zum Aufbau resilienter Ernährungssysteme im globalen Süden leisten, um (klimabedingten) Hunger langfristig und nachhaltig zu bekämpfen oder diesem vorzubeugen? Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich, um das „Do-no-harm“-Prinzip und die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen auch in der Entwicklungszusammenarbeit wirksam umzusetzen?*

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zeigen auch für Deutschland und Europa deutlich auf, dass **unsere Landwirtschaft in zu starke Abhängigkeiten** – insbesondere von Futtermittelimporten und chemischem Dünger und damit verbundener fossiler Energie – verhaftet ist. Auch hier gilt es, eine **Transformation hin zur Agrarökologie** (siehe Antwort auf Frage 6) und damit verbundenen diversifizierten und lokal verwurzelten Ernährungssystemen zu gestalten. Die Flächenkopplung bei der Förderung der Landwirtschaft durch die EU Agrarpolitik (größere Betriebe = mehr Geld) widerspricht diesem Ziel.

Der klassische Ansatz der deutschen und europäischen Agrarwirtschaft im Globalen Süden ist ausgerichtet auf das **Replizieren des hiesigen dominanten Agrarmodells**, welches über 150

³ Industrielle Landwirtschaft bezieht sich auf ein Landwirtschaftsmodell welches einseitig auf den Anbau von Monokulturen (hoher Spezialisierungsgrad) sowie industriellen Inputs – Saatgut, Kunstdünger, Pestizide, Maschinen – setzt, welches mit einem ein hoher Kapital- und Energieeinsatz verbunden ist uns standardisierter Massenproduktion im Blick hat.

Jahre „Strukturwandel“ erfahren hat. In Deutschland arbeiten heute circa 1,5% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. In vielen LDCs sind dies über 50% der Erwerbstätigen. Ein Strukturwandel nach europäischen Vorbild setzt auf einen kleinen, meist ohnehin schon privilegierten Teil der Bauern und Bäuerinnen (oft ‚*emerging farmers*‘ oder Potentialbauern genannt). In den meisten LDCs ist jedoch keine Arbeitsplatz-intensive [Industrialisierung](#) in Sicht (welche in Europa die freigewordenen Arbeitskräfte absorbieren konnte). Die Vertreter*innen der europäischen Agrarwirtschaft bleiben bis heute die Antwort auf die Frage schuldig, womit der Großteil der ländliche Bevölkerung seine Existenz sichern soll.

Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen fordern seit vielen Jahren einen [einheitlichen, niedrigschwelligen Beschwerdemechanismus der deutschen EZ](#). Dieser würde einen großen Beitrag zur Umsetzung des „Do-no-harm“-Prinzips leisten. Zudem müsste die [Transparenz in der deutschen EZ deutlich verbessert](#) werden, um es Betroffenen und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, mögliche Menschenrechtsverletzungen zu identifizieren und die EZ rechenschaftspflichtig zu halten.

Über ein starkes, [EU-weites Lieferkettengesetz](#) sowie den aktuell verhandelten [UN-Vertrag zur Regulierung transnationaler Konzerne](#) können wichtige Rahmenbedingungen zum Schutz der Menschenrechte – auch des Rechts auf Nahrung – gesetzt werden.

***Frage 7:** Welche positive oder auch negative Rolle spielen globale Saatgutfirmen und Saatgutbanken und was bedeutet der Einsatz von hybridem Saatgut für die Bauern/ Bäuerinnen, etwa im Hinblick auf Abhängigkeitsverhältnisse? Was bedeutet er für die Biodiversität und einen eventuellen Verlust der Artenvielfalt?*

Die Frage wird mit Fokus auf die sozio-ökonomischen Auswirkungen beantwortet. Diese sind aus unserer Sicht und Erfahrung besonders wirkmächtig im Kontext der Fragestellung. Grundsätzlich kann die Annahme, dass arme Kleinbäuer*innen durch die Nutzung Hybrid-Saatgut von systematisch profitieren und bessergestellt werden, nicht bestätigt werden.

Hybrid-Saatgut wird überwiegend als Cash Crop genutzt, eine unmittelbare Ernährung der lokale Bevölkerung spielt beim Anbau – wie der Name schon sagt – eine untergeordnete Rolle. In Sambia beispielsweise bauen Bäuer*innen zur Sicherung der eigenen Ernährung neben dem Verkauf von Hybrid-Mais den **lokal angepassten Gankata-Mais** an, welcher weniger anfällig für Krankheiten und Trockenheit sowie weniger abhängig von Kunstdünger ist.

Durch **Hybrid-Saatgut werden starke Abhängigkeiten ausgelöst**. Hybridsaatgut wird nicht von Bauern und Bäuerinnen nachgebaut und muss für jede Aussaat neu gekauft werden. Dies durch Haushalte, die oft ihre gesamten Ausgaben (Bildung, Gesundheit, Essen...) aus der Landwirtschaft finanzieren müssen. Damit startet ein **Abhängigkeitszyklus**, der im weiteren durch chemischen Dünger und Pestizide verstärkt wird: Die notwendigen Erträge um die Kosten zu decken, können oft nur mit dem Einsatz von chemischem Dünger und Pestiziden erreicht werden. Dies beinhaltet weitere Kosten, die Kleinbäuer*innen fast ausschließlich über die Aufnahme von Schulden abdecken können. Daraus erwächst ein hohes finanzielles Risiko, sollte der Anbau nicht optimal laufen (Stichworte Klimawandel, Extremwetterereignisse).

Wir beobachten, dass dadurch gerade Kleinbäuer*innen einem **hohen Überschuldungsrisiko** aussetzen sind und diese Problematik in der deutschen EZ weitgehend ausgeblendet wird. In einer vom oben genannten Akteure AGRA selbst durchgeführten [Evaluierung zu Ghana](#) beispielsweise

berichten beteiligte Kleinbäuer*innen, sie müssen über **80% ihrer Ernte als Bezahlung für Saatgut und Dünger** an die Zulieferer zurückzahlen (15 von 18 Säcken Ernte). Weitere berichten, sie ernten nicht genug, um die Kredite für Saatgut und Dünger zurück zahlen zu können. Ähnliche Informationen zu AGRA wurden auch in anderen Ländern wie Sambia durch lokale Wissenschaftler*innen zusammengetragen.

Viele arme Kleinbäuer*innen, die zentrale und mit Abstand größte Zielgruppe bei der Hungerbekämpfung, können sich **teures Hybrid-Saatgut schlicht nicht leisten**. Viele staatliche und Geber-Programme subventionieren daher dieses Saatgut umfangreich – im Fall von AGRA in Ghana beispielsweise mit bis zu 85%. Ähnliches gilt für chemischen Dünger. Die Auswirkungen dieser Politik (oft *Farmer Input Support Programmes*, FISP genannt) auf die Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Haushalte der LDCs ist oft lähmend, teilweise zerstörerisch. Beispielsweise werden bis zu 70% des sambischen Agrarhaushaltes jedes Jahr für die Subventionierung von chemischem Dünger und Hybrid-Saatgut verbraucht. Dies sind ökonomisch und auch ökologische keine nachhaltigen Subventionen. Beim Wegfall dieser Subventionen (beispielsweise angesichts hoher Staatsverschuldung) bricht dieses Anbaumodell mit fatalen Folgen für Kleinbäuer*innen in sich zusammen (wie geschehen in den 1980er Jahren in [Malawi](#)).

Zudem **schwächt Hybrid-Saatgut die Bedeutung und wichtige Rolle lokaler Saatgutbanken**. Denn Hybride sind nicht stabil und können oft nicht sinnvoll in den Saatgutbanken gelagert werden. Dem gegenüber spielen lokaler Saatgutbanken eine zentrale Rolle für lokale, agrarökologische Anbau- und Ernährungssysteme (siehe auch Antwort auf Frage 5).